

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zu der Entwicklung und den Aussichten des Europäischen Währungssystems und der Wirtschafts- und Währungsunion

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- unter Hinweis auf den am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. April 1992 zu den Ergebnissen der Regierungskonferenzen¹⁾ —
1. vertritt die Auffassung, daß die Turbulenzen auf den Devisenmärkten von der Ungewißheit der politischen Zukunft der Gemeinschaft nach den Referenden ausgelöst wurden und daß ihre Ursachen in den Problemen der Rezession und der unausgewogenen globalen Wirtschaftslage begründet liegen;
 2. ist der Ansicht, daß diese unsichere politische Lage nur durch die baldmöglichste Ratifizierung des Maastrichter Vertrags überwunden werden kann, die von Maßnahmen zur Lösung der dahinterstehenden wirtschaftlichen Probleme begleitet werden muß;
 3. bedauert das Versäumnis des informellen Treffens des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister von Bath vom 5. und 6. September 1992, in angemessener Form auf die monetären Turbulenzen zu reagieren, sowie das widersprüchliche Vorgehen der britischen Präsidentschaft seit dem 9. September 1992;
 4. betont, daß es, je länger es dauert, bis das Vertrauen in die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wiederhergestellt ist, um so schwieriger werden wird, weitere Wechselkursanpassungen innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) zu vermeiden, das allgemeine Wirtschaftswachstum und die wirtschaftliche Konvergenz unter

¹⁾ ABl. Nr. C 125 vom 18. Mai 1992, S. 81.

den Mitgliedstaaten zu stärken und die Bedingungen für eine Teilnahme aller Mitgliedstaaten am Wechselkursmechanismus zu schaffen;

5. vertritt die Auffassung, daß die jüngsten währungspolitischen Probleme gezeigt haben, daß der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten einschließlich der baldmöglichsten Annahme des Delors-II-Pakets dringender erforderlich sind als je zuvor;

Ursachen der Krise

6. weist darauf hin, daß eine Reihe weiterer Faktoren eine Schlüsselrolle für die Verschärfung der durch die politische Ungewißheit ausgelösten Krise gespielt haben, insbesondere:
 - die anhaltende Rezession in den USA und dem Vereinigten Königreich und das stagnierende Wirtschaftswachstum in anderen Staaten, das zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt hat,
 - andere internationale Faktoren wie die niedrigen Zinssätze in den Vereinigten Staaten, die den Verfall des Dollarkurses ausgelöst haben, sowie die finanziellen Schwierigkeiten Japans,
 - die unzureichende multilaterale Überwachung bei der Schaffung des erforderlichen Grades der wirtschaftlichen Konvergenz,
 - das Ausbleiben von Vorschlägen für eine angemessene Bewältigung der Defizite, Zinssätze und der Rezession,
 - die Folgen der Vereinigung Deutschlands und die damit einhergehende übermäßige Belastung der deutschen Geldpolitik durch den Zwang zum innerstaatlichen Ausgleich, was zu hohen Realzinsen geführt hat,
 - die bestehenden Spannungen innerhalb des Europäischen Währungssystems, die durch das Unvermögen Italiens zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin und das Versäumnis des Vereinigten Königreichs, der Rezession angemessen entgegenzusteuern, noch verstärkt wurden;
7. weist darauf hin, daß Spekulationen gegen Währungen einiger Mitgliedstaaten mit einer gesunden wirtschaftlichen Basis offensichtlich einer klaren wirtschaftlichen Erklärung entbehren; ist beunruhigt darüber, daß Spekulationsmanöver auf den Devisenmärkten monetäre Entwicklungen prägen, die die wirkliche Situation der Volkswirtschaften nicht widerspiegeln, und daß Maßnahmen geprüft werden sollten, mit denen die negativen Folgen dieser Manöver bewältigt werden können;
8. übt heftige Kritik an der unangemessenen Reaktion des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister sowie an den Regierungen und Währungsbehörden der Mitgliedstaaten, die nicht in der Lage waren, sich rechtzeitig der Konsequenzen dieser Probleme bewußt zu werden, und glaubt, daß dies zu einem Spekulationsdruck selbst gegen die Währungen von Mitgliedstaaten mit einer gesunden wirtschaftlichen Basis beigetragen hat;

Verbesserung des Europäischen Währungssystems (EWS)

9. vertritt die Auffassung, daß für ein besseres Funktionieren des EWS die folgenden Maßnahmen erforderlich sind:
- a) Verabschiedung wirksamerer Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation und ihrer destabilisierenden Wirkung,
 - b) Verabschiedung eines Pakets von Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in das EWS und die Zukunft der WWU,
 - c) engere Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten zur Koordinierung der Zinspolitiken der Mitgliedstaaten,
 - d) Aufstockung und teilweise Zusammenlegung der Devisenreserven, damit rasch entsprechend der ursprünglichen EWS-Vereinbarung ein Währungsfonds geschaffen werden kann, der diesen Namen verdient,
 - e) verbesserte Kommunikation und intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister und den Zentralbanken der Mitgliedstaaten;
10. vertritt die Auffassung, daß vor Phase III alle Wechselkursanpassungen im EWS in einem angemessenen Zeitrahmen durchgeführt werden müssen, wie es die Regeln des Systems vorsehen;

Stärkung der multilateralen Überwachung und des Konvergenzprozesses

11. glaubt, daß allein durch den Mechanismus einer multilateralen Überwachung, die der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besser Rechnung trägt, ein adäquater Einsatz verschiedener wirtschaftspolitischer Instrumente (policy mix) erreicht werden kann; bedauert, daß sich die Mitgliedstaaten noch nicht mit der gebührenden Ernsthaftigkeit mit diesem Prozeß beschäftigt haben; vertritt die Auffassung, daß dieser Prozeß nunmehr wirksam ausgestaltet werden muß;
12. schlägt deshalb vor, daß bei der Umsetzung der WWU Wachstum und Beschäftigung durch die Anwendung von Artikel 103 des EWG-Vertrags in der durch den Vertrag über die Europäische Union geänderten Fassung das ihnen gebührende Gewicht erhalten;
13. setzt sich mit Nachdruck für eine auf Gemeinschaftsebene koordinierte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ein, wie sie von den europäischen Sozialpartnern empfohlen wird; glaubt, daß gemeinschaftliche Vorhaben, wie sie im Delors-II-Paket skizziert werden, ein wesentliches Element einer solchen Strategie sind;

Weitere Maßnahmen zur Vervollständigung der WWU

14. fordert den Europäischen Rat auf, für die folgenden ergänzenden Maßnahmen einzutreten:

- Stärkung der demokratischen Verantwortlichkeit der WWU durch größere Transparenz des Beschlußfassungsverfahrens und stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments (und der nationalen Parlamente) sowie Aushandlung der erforderlichen interinstitutionellen Vereinbarungen,
- eine engere währungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft, den Vereinigten Staaten und Japan und insbesondere eine Überprüfung der Rahmenvorschriften für die Devisenmärkte in Zusammenarbeit mit dem neu geschaffenen US Treasury Review, mit dem Ziel, einer Wiederholung der jüngsten internationalen Spannungen und der daraus resultierenden Destabilisierung der Devisenmärkte vorzubeugen,
- einen raschen Abschluß der GATT-Verhandlungen, um weltweit das Wachstum zu fördern;

Schlußbemerkungen

15. gibt zu bedenken, daß – sollten die vorstehend genannten Maßnahmen nicht getroffen werden – ein unkoordiniertes nationales Vorgehen zu einer weiteren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, einer größeren Währungsinstabilität und zu einem Abwertungswettlauf führen könnte, der sogar die Vollendung des Binnenmarkts gefährden könnte;
16. fordert deshalb die möglichst rasche Verabschiedung des vorstehend aufgeführten Maßnahmenpakets;
17. beauftragt seinen zuständigen Ausschuß, einen Bericht auszuarbeiten, in dem eingehend die Ursachen der jüngsten Krise und Maßnahmen zur Verbesserung des Europäischen Währungssystems (EWS) einschließlich möglicher Mechanismen zur Bekämpfung künftiger Spekulationen, Mittel zur Stärkung der multilateralen Überwachung und des Prozesses der wirtschaftlichen Konvergenz und zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation, sowohl in Phase I als auch in Phase II der WWU sowie etwaige weitergehende Maßnahmen zur Vervollständigung der WWU einschließlich einer aktiveren Rolle des Europäischen Parlaments bei all diesen Verfahren durch interinstitutionelle Vereinbarungen aufgezeigt werden;
18. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Enrico Vinci
Generalsekretär

Nicolas Estgen
Vizepräsident